

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Bildungsausschusses am 04.11.2014**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 21:07 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Frau Melanie Ranft	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	bis 19:18 Uhr
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 18:30 Uhr
Herr Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Frau Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Frau Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Herr Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Herr Eric Eigendorf	SPD-Fraktion	vertritt Herrn Dr. Diaby, bis 18:31 Uhr
Herr Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion	vertritt Herrn Senius
Herr Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle- NEUES FOFORUM	ab 17:09 Uhr
	Sachkundiger Einwohner	
Herr Torsten Bau		
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	Sachkundiger Einwohner	
Herr André Scherer	Sachkundiger Einwohner	
Herr Torsten Schiedung	Sachkundiger Einwohner	
Frau Annika Seidel-Jähmig	Sachkundige Einwohnerin	
Herr Thomas Senger	Sachkundiger Einwohner	ab 17:05 Uhr
Herr Andreas Slowig	Sachkundiger Einwohner	
Frau Cathleen Stahs		
	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge		
Frau Katharina Brederlow	Verwaltung	
Frau Dr. Christine Radig	Verwaltung	
Herr Uwe Weiske	Verwaltung	
Herr Jürgen Zschocke	Verwaltung	
Frau Kirsten Sommer	Verwaltung	

### **Entschuldigt fehlen:**

Herr Kay Senius	SPD-Fraktion
Herr Bertolt Marquardt	Sachkundiger Einwohner
Herr Steve Mämecke	Verwaltung
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD-Fraktion

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde eröffnet und geleitet von **Frau Melanie Ranft, Ausschussvorsitzende**, stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende**, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte zu tauschen.

- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013 Vorlage: VI/2014/00158

und

- 4.2. 1. Erste Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 (Vorlage- Nr. V/2013/11910)  
2. Umsetzung bzw. Abschluss einzelner Maßnahmen in den, auf den Planungszeitraum folgenden Schuljahren, bis zum Schuljahr 2020/21.  
Vorlage: V/2014/12788

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende**, bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 07.10.2014
4. Beschlussvorlagen
- 4.2 1. Erste Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 (Vorlage- Nr. V/2013/11910)  
2. Umsetzung bzw. Abschluss einzelner Maßnahmen in den, auf den Planungszeitraum folgenden Schuljahren, bis zum Schuljahr 2020/21.  
Vorlage: V/2014/12788

- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013  
Vorlage: VI/2014/00158
- 4.3. Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2014/12542
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Maßnahmenplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut  
Vorlage: VI/2014/00035
- 7.2. Bericht Schulhofkonzept
- 7.3. Bericht zum Zustand der IT-Ausstattung und Netzwerk-Infrastruktur sowie der Breitband-Internet-Versorgung aller städtischen Schulen  
Vorlage: V/2014/12726
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

**zu 3            Genehmigung der Niederschrift vom 07.10.2014**

---

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende** ließ die Niederschrift, welche seit dem 30.10.2014 vorliegt, abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:                    einstimmig zugestimmt**

## zu 4      **Beschlussvorlagen**

---

- zu 4.2
1. **Erste Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 (Vorlage- Nr. V/2013/11910)**
  2. **Umsetzung bzw. Abschluss einzelner Maßnahmen in den, auf den Planungszeitraum folgenden Schuljahren,bis zum Schuljahr 2020/21. Vorlage: V/2014/12788**
- 

**Herr Schachtschneider, CDU/FDP Stadtratsfraktion,** beantragte, dass diese Beschlussvorlage als 2.Lesung betrachtet werden sollte und demzufolge heute nicht abgestimmt werden würde.

**Herr Lange, DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion,** unterstützte den Antrag und wies auf die Anhörung hin, um dann die Änderungsanträge stellen zu können.

**Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung,** hatte terminliche Bedenken, da Maßnahmen vorgeschlagen wurden, die sich im Haushalt wiederfinden würden.

**Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale),** begründete die Notwendigkeit der Verschiebung damit, dass Antworten fehlen würden.

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Halle (Saale),** bat um Abstimmung über den Antrag von Herr Schachtschneider.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM,** bat darum die Anhörung abzuwarten, um dann zu sehen ob die Vorlage beschlussfähig sei oder nicht.

**Frau Ranft** stimmte zu und bat darum erst zum Ende der Anhörung abzustimmen.

**Herr Schachtschneider** wurde gebeten den Antrag dann nach der Anhörung zu stellen.

**Frau Ranft** eröffnete die Anhörung zum Schulentwicklungsplanung und erteilte der

Fröbelschule, Förderschule für Lernbehinderte, Förderschule Makarenko, der Berufsbildenden Schule III und der Grundschule „Wolfgang Borchert“

das Rederecht für Eltern und Schüler.

**Frau Ranft** stellte **Frau Kleine** vom Landesschulamt als Gast zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

**Herr Hoffmann, Elternrat,** nahm zu der geplanten Zusammenlegung der Fröbelschule und der Makarenkoschule in die sanierte Schule am Carl-Schorlemmer- Ring Stellung. Er sagte, grundsätzlich sei gegen die Fusionierung nichts einzuwenden, wenn sie in einem sanierten, neu errichteten Schulgebäude erfolgt. Er fragte warum dieser Standort favorisiert werden würde. Er wies darauf hin, dass die ehemalige Rosa-Luxemburg-Schule durch ihre zentrale Lage auch geeignet wäre. In der Carl Schorlemmer Schule sei eine kleine Turnhalle vorhanden im Vergleich zur Rosa-Luxemburg-Schule. Herr Hoffmann fragte nach Ausweichvarianten zur Finanzierung, wenn die geplanten Fördermittel nicht bewilligt werden würden. Er fragte nach, welche Fördermittelquellen neben STARK III nutzbar wären, um das Gebäude herzurichten.

Herr Hoffmann bat um Prüfung, ob das geplante Förderzentrum als Modellprojekt für ganz Sachsen Anhalt konzipiert werden könnte. In diesem Fall wäre ein Neubau als Vorzeigeobjekt denkbar. Er bat die Verantwortlichen des kommunalen Schulträgers auch darüber nachzudenken und diese Möglichkeit in Betracht zu ziehen. Außerdem wies er auf bestehende Mängel an Fenstern und Heizungen in der Schule hin und bat um ihre Behebung.

**Frau Ranft** übergab das Wort an **Lisa Jäckel, Schülerrat der Fröbelschule**.

**Lisa Jäckel** befürwortete die Fusionierung und bat um Erhaltung des Standortes bis 2017/2018. Außerdem wies Sie darauf hin, den Schülerrat in der Bauplanung des neuen Förderzentrums mit einzubeziehen.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, antwortete, dass Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung, und Herr Zschocke, Schulnetzplaner, schriftlich darauf antworten werden.

**Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung**, wies bezüglich der Zusammenführung der Schulen auf die Gespräche im Neustädter Dialog hin.

Die Thematik zur Rosa-Luxemburg-Schule wurde dort nicht berücksichtigt. Es wurde immer von der Schule am Carl-Schorlemmer-Ring gesprochen. Was den Bauzustand der Rosa-Luxemburg-Schule angeht, könnte sie im Detail nichts sagen. Die Anregungen des Schülerrates werden mit aufgenommen.

**Frau Brederlow** sagte, dass es keinen Plan B gäbe, wenn die STARK III Mittel nicht genehmigt werden würden. Mit dem Schulbauprogramm STARK III hängt die Fusionierung der Schulen zusammen, weil die Mittel der Stadt begrenzt sind. Aus diesem Programm STARK III heraus wären keine Neubauten möglich.

**Her Kogge** ergänzte, dass die Hausaufgaben zur Beantragung der finanziellen Mittel gemacht seien und jederzeit über den aktuellen Stand rechtzeitig informiert werden würde.

**Frau Kleine, Landesschulamt**, erklärte zum Thema Modellprojekte, dass diese prinzipiell beim Kultusministerium zu beantragen seien.

**Herr Lange, DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion** fragte nach, wer den Antrag auf Modellprojekt stellen müsste.

**Frau Kleine** antwortete, dass laut Schulgesetz, §11, die Schulversuche gestattet seien. Die Schule stellt den Antrag und die oberste Schulbehörde prüft und genehmigt.

**Herr Lange** erkundigte sich, ob ein Förderzentrum, wo eine Lernförderschule und eine Sprachförderschule in ein Modellprojekt gebracht werden würden, extra beantragt werden müssten.

**Frau Kleine** antwortete, wenn man von einem Förderzentrum spricht, sei es eine Art Förderzentrum, d. h. wo mehrere Schulen nebeneinander oder eng beieinander liegen und die miteinander arbeiten wollen *oder* es soll eine Art Mischförderschule sein, dies sei dann ein Thema für die Schulentwicklungsplanung. Wenn es ein Schulversuch werden soll, ginge es um die inhaltliche Arbeit, d. h. eine Schule in welcher mehrere Förderschwerpunkte laufen würden.

**Herr Lange** fragte nach der weiteren Nutzung der Schule in der Haflinger Straße.

Hierzu wird **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, sich im Geschäftsbereich V erkundigen.

**Herr Zschocke, Schulnetzplaner**, antwortete auf die Frage, warum die Rosa-Luxemburg-Schule nicht im Rahmen des Neustädter Dialoges berücksichtigt wurde, dass aus Sicht des FB Immobilienmanagement diese Sanierung zu teuer sei. Der Abriss erfolgte bereits teilweise.

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende**, übergab das Wort an die Berufsbildende Schule vertreten durch **Herrn Gerke**.

**Herr Gerke** sprach hierzu, dass der Berufsschulstandort am Hallmarkt zu Gunsten einer innerstädtischen Bebauung aufgegeben werden soll und die BbS III an den Standort Harzgeroder Straße ziehen sollte. Man sehe in der Schulentwicklungsplanung keine Verbesserung. Er sei verunsichert und enttäuscht über die Art der Information aus der Presse und außerdem befürchte er die Konkurrenzsituation zu anderen Berufsschulen, besonders im Bereich der Medientechnik. Konkurrenzsituation entstünde durch die schlechtere Erreichbarkeit in der Harzgeroder Straße für Ausbildungsbetriebe in Sachsen Anhalt. Ähnlich sei es in der Schule in der Oleariusstraße, dort seien die Objekte seit 2 Jahren saniert, der Schulbetrieb läuft und soll nun wieder aufgeben werden. Die Oleariusstraße soll mit der BbS III zusammen für ein Jahr in die Gutjahrschule ziehen, dass sei aber praktisch nicht möglich.

**Herr Lange** fragte nach, ob prinzipiell etwas gegen die Harzgeroder Straße als BbS-Standort sprechen würde?

**Herr Gerken** verneinte, es würde nichts dagegen sprechen in ein saniertes, technisch und räumlich angepasstes Gebäude zu ziehen.

**Herr Schachtschneider, CDU/FDP Stadtratsfraktion**, wies darauf hin, dass Betriebe eine gute Ausbildung erwarten und zweifelt an, dass ein Umzug eine Verschlechterung bedeuten würde. Er wies darauf hin, dass, wenn die BbS nicht umziehen würde das ganze Gebilde der Schulentwicklungsplanung nicht funktionieren könnte.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, wies auf eine Perlenschnur hin, welche aufgebaut wurde - wenn man eine Perle herausnimmt dann geht eine Reihe nicht. Das heißt, wenn keine Aussage getroffen werden kann, wo das Gymnasium und mit welchen Rahmenbedingungen entstehen könnte, kann kein Ausweichquartier begonnen werden. Wir benötigen ein Gymnasium in der Mitte und hierfür müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden.

**Herr Schiedung, sachkundiger Einwohner**, möchte prüfen lassen, ob die Zusammenlegung der Berufsbildenden Schulen aus Kapazitätsgründen schwierig werden würde.

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende**, bat die Stadtverwaltung um Darstellung der Kapazität bei der Zusammenlegung der Schulen Oleariusstraße und Dreyhauptstraße in die Gutjahrschule.

Frau Ranft erteilte **Frau Springer** der Grundschule Wolfgang Borchert das Wort.

**Frau Springer, Elternsprecherin**, vertrat die Eltern, Lehrer und Kinder der Grundschule.

Frau Springer möchte, dass die GS Wolfgang Borchert erhalten wird und auch deren Erweiterung und Sanierung begrüßte sie. Allerdings müssten die Planungsabsichten in

schriftlicher Form ergänzt werden. Sie bat Herrn Zschocke die Vorlage noch einmal zu ändern. Der Erhalt der GS Wolfgang-Borchert würde bedeuten, dass wir keine Fusion durchführen würden, sondern die GS Am Zollrain schließen würden und den Schülerbestand der Schule einschließlich des Schulbezirkes dann der GS Wolfgang Borchert zuordnen würden.

**Herr Lange, DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion**, warnte vor der Schließung einer Schule. Eine Fusion bietet immer die Möglichkeit, dass beide Schulen sich einbringen und mit ihrem Konzept zusammenwachsen. Die Fusion erfolgt erst dann, wenn auch eine Sanierung erfolgt ist.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, fasste zusammen:

Die GS Wolfgang Bochert sollte in die GS Am Zollrain ziehen, jetzt sollte es umgedreht erfolgen, weil die größere Schule in ihrem Bereich bleiben möchte und die kleinere Schule dazu kommen sollte. Er wies darauf hin, dass im Programm STARK III Turnhallen enthalten seien und eine 50m Bahn und eine Sprunggrube dazugehören würden. Eine Fusion wurde so verstanden, dass die GS Wolfgang Borchert in die GS Am Zollrain ziehen sollte, damit die GS Wolfgang Bochert saniert werden könnte. Nach der Sanierung würden beide Grundschulen in die GS Wolfgang Borchert ziehen, als fusionierte Schule.

**Herr Senger, sachkundiger Einwohner**, wies darauf hin, dass in den Unterlagen drin stehen sollte, dass die Räumlichkeiten insgesamt erhalten bleiben und der Bedarf an Räumen soweit aufgestockt werden würde, dass beide Schulen damit umgehen können.

**Herr Lange** bat darum, dass in einer Begründung im Schulentwicklungsplan mit aufgenommen werden sollte, dass eine Sanierung erfolgen muss bevor eine Fusion erfolgen würde.

**Herr Kneisel, sachkundiger Einwohner**, fragte, was mit dem Lehrpersonal passieren würde.

**Frau Kleine, Landesschulamt**, antwortete, dass hierfür ein Maßnahmenplan existieren würde.

**Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale)**, stellt den Antrag auf Beendigung der Rednerliste zum Thema Schulentwicklungsplanung.

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende**, bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Herr Bau, sachkundiger Einwohner**, wies darauf hin, auch die Stellungnahme der GS Am Zollrain einzufordern.

**Frau Springer** bat darum, die Auslagerung der GS Wolfgang Borchert zu korrigieren. Es wurde in der Stellungnahme im September erläutert, warum diese Auslagerung nicht gewollt sei.

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende**, fragte nach, ob die Sanierung bei laufendem Betrieb erfolgen sollte?

**Frau Springer** antwortete mit Ja. Es sei ausführlich in der Stellungnahme beschrieben.

**Herr Senger** gab als Vertreter des Stadtelternrates eine mündliche Stellungnahme ab.

**Herr Slowig, sachkundiger Einwohner,** erklärte, dass eine Sanierung bei laufendem Betrieb eine Katastrophe sei. Er bat die Schulen darauf zu achten, dass in der neuen Schule die Schüler bei Ihren Lehrern noch ankommen.

**Herr Lange, DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion,** fragte **Frau Kleine,** ob Sie einer Eröffnung von Schulen, die auch Lehrpersonal nachziehen würde, ohne weiteres zustimmen würde, wenn der Schulträger das beantragen würde oder welches Bedingungsgefüge damit verbunden sein würde.

**Frau Kleine, Landesschulamt,** erklärte, die prinzipielle Bedingung bei der Eröffnung von Schulen besagt die Schulentwicklungsplanungsverordnung, §4 Abs. 15. Diese beinhaltet, dass neue Schulen eröffnet werden können, wenn sie eine bestimmte Zügigkeit erreichen. Es stünde nicht ausdrücklich darin, dass die Zügigkeit und die Gesamtschülerzahl nachgewiesen werden müssten. Dem Schulträger ist in der Verantwortung ein angemessenes Schulangebot vorzuweisen. Der Schulträger muss sagen ich brauche eine neue Schule, weil die Schülerzahl sich folgendermaßen entwickelt. Wir möchten diese Schule an einem bestimmten Ort installieren mit diesen Bedingungen.

Wie es funktionieren könnte, erläuterte Frau Kleine. Zunächst bestünde die Möglichkeit Außenstellen zu beantragen, wenn die Kapazität nicht vorhanden sei. So könnte man einen bestimmten Schülerstamm etablieren. Im Dialog könnte man mit Hilfe einer Außenstelle einen bestimmten Grundstock organisieren.

**Herr Senger, sachkundiger Einwohner,** fragte nach der Berücksichtigung der Schuleinzugsgebiete.

**Herr Lange, DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion,** bat um eine Stellungnahme der Verwaltung zu dieser Außenstellendiskussion und fragte, ob die Vorlage dann geändert werden müsste. Die Verwaltung soll einen gangbaren Weg aufzeichnen, einen administrativen Vorschlag, wie wir damit umgehen sollten in der Schulentwicklungsplanung.

**Frau Ranft** fragte die Verwaltung, ob sie das wie **Herr Lange** sehen würden und ob sie da nachbessern müssten.

**Herr Weiske, Sozialplaner,** sah keinen Anlass Veränderungen vorzunehmen.

**Frau Brederlow, Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung,** bestätigte, dass die Formulierung überprüft werden müsste.

**Herr Zschocke, Schulnetzplaner,** wies auf das Problem hin, dass bei einer Außenstelle eindeutig geregelt werden müsste, wie die Verselbstständigung der Außenstelle in 3 Jahren erfolgen sollte, sonst gebe es rechtliche Probleme.

**Frau Ranft** fragte nach, ob es das erste Mal sei, dass die Stadtverwaltung mit dem Landesschulamt darüber sprechen würde.

**Herr Zschocke, Schulnetzplaner,** antwortete mit Nein.

**Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale),** fragte nach, wann die Anhörung beendet sei. Sie wies darauf hin, dass sich die Diskussion auf die Punkte der Schulentwicklungsplanung beziehen würde und die Anhörung beendet sei.

**Auszeit: 19:40 Uhr – 19:53 Uhr**

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende**, erklärte, dass die Verfahrensweise zur Schulentwicklungsplanung so schnell wie möglich in 2. Lesung zu beenden sei, um sich zu den Änderungsanträgen zu verständigen.

Der Haushalt soll in einer Sondersitzung behandelt werden.

Der TOP

4.3. Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: V/2014/12542

ist vorzuziehen.

**Herr Schachtschneider, CDU/FDP Stadtratsfraktion**, fragte, bis wann die Änderungsanträge gestellt werden sollten.

**Frau Dr. Radig, Abteilungsleiterin Schule und Service**, bat, die Änderungsanträge so schnell wie möglich einzustellen.

Seine zweite Frage bezog sich auf die Stellungnahme von Herrn Handschack, Saalekreis zum Regelbedarf Gesamtschule. Er bat um ein Abstimmungsergebnis.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, sicherte ein Protokoll zu.

**Herr Scherer, sachkundiger Einwohner**, fragte zum zukünftigen Schulhof des geplanten Gymnasiums, ob es eine Überlegung zur Verbindung zum ehemaligen Polizeipräsidium gäbe.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, verneinte dies.

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende**, beendete die 2. Lesung zur Schulentwicklungsplanung.

**Frau Ranft** lies für eine 3. Lesung des Schulentwicklungsplanes abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

zu 4.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2013**  
Vorlage: VI/2014/00158

---

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende**, verschob diesen Tagesordnungspunkt in eine Sondersitzung am 12.11.2014, 16:30 Uhr.

**zu 4.3 Standort des Planetariums der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: V/2014/12542**

---

**Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, stellte klar, dass das Planetarium auf der Peißnitz einen wirtschaftlichen Totalschaden hat. Neun neue Standorte wurden vom Fachbereich Planen untersucht, die Ergebnisse liegen den Ausschussmitgliedern in der Beschlussvorlage vor. Der Antrag auf Fördermittel sei wichtig, genauso wie ihre Funktionalität. Er muss bis 31.12.2014 dem Landesverwaltungsamt vorliegen, deshalb bestünde diese Zeitnot.

**Sie** erläuterte, dass eine Weiterentwicklung zusammen mit der Gesellschaft für Astrologische Bildung aufgebaut werden soll. Weiterhin soll es einen Austausch mit anderen deutschen Städten geben. Es soll ein Bogen zwischen Planetarium und dem Landesmuseum für Vorgeschichte geschlagen werden.

**Herr Scherer, sachkundiger Einwohner**, fragte, ob die 100 Stellplätze nicht zu viel seien und wieviel Personal benötigt werden würde.

**Frau Dr. Marquardt** wies darauf hin, dass dies erst erarbeitet wird, wenn die Standortentscheidung getroffen wurde. Im Stellenplan existiert eine volle Stelle für das Planetarium.

**Herr Scherer** fragte, ob es technisch machbar sei mit einer Person.

**Frau Dr. Marquardt** sagte, die Technik würde dieselbe sein, wie im alten Planetarium.

**Herr Bielecke, Abteilungsleiter Hochbau**, sagte, dass es zu den Stellplätzen potential geben würde.

**Herr Schachtschneider, CDU/FDP Stadtratsfraktion**, wies auf das Datum der Vorlage hin, 28.10.2014, und fragte, warum so eine Eile bestehen würde.

**Frau Dr. Marquardt** erläuterte, dass nur der Standort beschlossen werden würde. Sie sagte, was wir brauchen ist der Standort, damit wir den Antrag stellen können. Wir stellen den Antrag auf der Grundlage die hier existiert. Die Grundlage des Schadensgutachtens und auf der Grundlage dieser Planung. Wenn wir die Bewilligung bekommen würden, wissen wir, was wir für Mittel bekommen und erst dann wird gebaut. Wir beantragen diesen Entwurf beim Landesverwaltungsamt und dann, wenn wir die Fördermittel genehmigt bekommen, gehen wir in die Feinplanung.

**Herr Senger, sachkundiger Einwohner**, fragte nach der Lichtverschmutzung für die Nachtbeobachtung und nach Altlastenentsorgung in diesem Gebiet.

**Frau Dr. Marquardt** antwortete, es sei geplant Kontakt mit VW aufzunehmen.

Zu den Altlasten sagte **Herr Bielecke, Abteilungsleiter Hochbau**, dass diese in den 90iger Jahren entsorgt wurden und danach ein Grundwassermonitoring aufgenommen wurde. Es bestünden keine Risiken mehr.

**Herr Bielecke** sagte, dass es eine entsprechende Abstimmung mit dem Landesamt für Altlastenbeseitigung gibt.

**Herr Bau, sachkundiger Einwohner**, regte an, auch an die Fahrradstellplätze zu denken und fragte nach dem Hochwasserschutz des Standortes.

**Herr Bielecke** erklärte, dass die Höhen im Gebäude verändert werden würden.

**Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale)**, erkundigte sich nach dem planerischen Begleiter dieses Entwurfes.

**Herr Bielecke** antwortete, dass qualifizierte Büros und Architekten hierfür geplant seien und die VOF-Verfahren nach Wertgrenzen vergeben werden müssen.

**Herr Schachtschneider, CDU/FDP Stadtratsfraktion**, fragte, wie sicher die angegebene Summe sei und wer sie berechnet hat.

**Herr Bielecke** verwies auf den FB Immobilienmanagement.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende**, bat um Abstimmung

**Abstimmungsergebnis:                      mehrheitlich zugestimmt**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt als Standort für den Neubau des Planetariums den Holzplatz.
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung des Neubaus des Planetariums im Gasometer, sofern eine auskömmliche Finanzierung gesichert ist.
3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines fundierten Fördermittelantrages zum Neubau am Standort und der Einreichung des Antrages bis spätestens 31.12.2014 beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt.

**zu 5            Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

**zu 6            schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

## zu 7      **Mitteilungen**

---

### zu 7.1      **Maßnahmenplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut** **Vorlage: VI/2014/00035**

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

### zu 7.2      **Bericht Schulhofkonzept**

---

Diese Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

### zu 7.3      **Bericht zum Zustand der IT-Ausstattung und Netzwerk-Infrastruktur sowie der Breitband-Internet-Versorgung aller städtischen Schulen** **Vorlage: V/2014/12726**

---

Diese Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**Frau Seidel-Jähmig, sachkundige Einwohnerin**, fragte, warum die WLAN-Grundlage ausgeschlossen wurde.

**Herr Bielecke, Abteilungsleiter Hochbau**, antwortete, dass die Leistungsfähigkeit der WLAN Lösung nicht der Rahmen für die gesamte Schule sei.

**Herr Slowig, sachkundiger Einwohner**, fragte nach der Administrierung durch die Schulträger.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, wies auf die Definition der Aufgabe hin.

## zu 8      **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

### zu 8.1      **Anfrage Herr Bau zu Schulsanierungen**

---

Herr Bau bat die Liste der beabsichtigten Ausweichprojekte während der Bauzeiten STARK III übergeben zu bekommen.

**Frau Dr. Radig, Abteilungsleiterin Schule und Service**, erklärte sich bereit diese zu schicken.

### zu 8.2      **Anfrage Herr Schachtschneider zu Pausenversorgung**

---

**Herr Schachtschneider, CDU/FDP Stadtratsfraktion**, bat die Verwaltung, die Fragen, welche im September zur Schulspeisung gestellt wurden, zu überdenken.

### zu 8.3 Anfrage Herr Senger zu Veranstaltungen nach Schulschluss

---

**Herr Senger, sachkundiger Einwohner**, fragte, welche Kosten in PPP-Schulen für Veranstaltungen nach Schulschluss anfallen, z. B. wenn der Hausmeister einen späteren Schließdienst absichern muss.

### zu 8.4 Anfrage Herr Senger zum Schulschwimmen

---

**Herr Senger, sachkundiger Einwohner**, stellte zwei Fragen zum Schulschwimmen:

1. Warum müssen Schulen aus dem Umfeld der Robert-Koch-Halle den weiten Weg zum Stadtbad zurücklegen und können nicht in der nahe gelegenen Halle schwimmen?
2. Warum sind die Zeiten zw. Ende des Schwimmunterrichts und der Abholung durch Busse so knapp?

### zu 8.5 Anfrage Herr Lange zu Hausmeistern an Schulen

---

**Herr Lange, DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion**, möchte wissen, wie viele Hausmeister den Schulen zur Verfügung stehen.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, sagte eine Beantwortung zu.

### zu 9 Anregungen

---

Anregungen wurden nicht gegeben.

**Frau Ranft, Ausschussvorsitzende**, beendete die Sitzung um 21:07 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Datum: 17.03.15

---

Tobias Kogge  
Beigeordneter

---

Melanie Ranft  
Ausschussvorsitzende

---

Kirsten Sommer  
stellv. Protokollführerin